

LTWP-3-079

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Jens Peter Dörrie (KV Alzey-Worms)

Verfahrensvorschlag: Modifizierte Übernahme

Titel: **LTWP-3-079: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Von Zeile 78 bis 80 einfügen:

Kinderschutzdiensten, aber auch im pädagogischen Landesinstitut. Polizei und Justiz werden wir weiter schulen, damit sie kindgerecht arbeiten können. Bei der Bekämpfung von Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet setzen wir uns dafür ein, dass Polizei und Justiz die Speicherorte dieser Dateien konsequent ausfindig machen und die Hostingunternehmen im In- und Ausland zur freiwilligen Löschung der Daten auffordern. Wir verbessern die Prozesse in Gerichtsverfahren mit Kindern, die sexualisierte

Begründung

Nach Recherchen des NDR werden große Teile des weltweiten Fundus an kinderpornographischen Materials auf Servern normaler Internetdienstleister (ohne

deren Wissen oder Zustimmung) gespeichert. Zugänglich gemacht werden diese Dateien über Links in einschlägigen Foren im Darknet. Die Journalisten des NDR konnten über eine verhältnismäßig unaufwendige Recherche die Speicherorte großer Mengen dieser Darstellungen von Kindesmissbrauch ausfindig machen. Durch Hinweise an die Unternehmen, die diese Server betreiben, konnten die Daten dann schnell und unbürokratisch gelöscht werden. Da bei konsequenter Löschung die Urheber der Daten diese oft nicht mehr an anderer Stelle hochladen (können), werden Missbrauchsdarstellungen so auch dauerhaft aus dem Internet entfernt. Mit den Mitteln der Polizei und Justiz ließe sich diese Strategie erheblich effektiver und umfassender anwenden. Ein einfacher, billiger und im Vergleich zu anderen Maßnahmen datenschutzrechtlich unproblematischer Schritt mit hohem Wirkungspotenzial.

Vergleiche auch die Diskussion hier: <https://lagedernation.org/podcast/ldn449-was-wird-aus-trumps-gaza-plan-zwei-jahre-nach-dem-oktober-massaker-meron-mendel-leiter-bildungsstaette-anne-frank-unruhe-regiert-frankreich-chat-kontrolle-gefaehrdet-unnoetig-buergerrech/?t=57%3A19>

Unterstützer*innen

Roman Buchheit (KV Kaiserslautern), Judith Klaes (KV Neuwied)